

NDB-Artikel

Barth, Marquard bayerischer Politiker, * 1.9.1809 Eichstätt, † 23.5.1885 Würzburg. (katholisch)

Genealogie

V Josef Anton Barth (* 1787), Bürgermeister in Augsburg;

M Maria Anna, T des Josef Yberle (1748–1818), Hofgerichtsrat in Eichstätt, und der Barbara von Clanner (1753–1815);

Gvv Josef Barth, Geheimer Finanzrat des Altmühlkreises;

Gmv Anna Wildt.

Leben

B. studierte in München die Rechte und promovierte dort 1832. Einige Jahre später trat er als juristischer Schriftsteller hervor, 1837 eröffnete er in Kaufbeuren eine Rechtsanwaltspraxis. 1848 wurde er in die Paulskirche gewählt, wo er in der Überzeugung, daß ein Reich nur einen Schwerpunkt haben könne, für den Ausschluß Österreichs aus dem Bunde und die Übertragung der erblichen Kaiserwürde an das Haus Hohenzollern stimmte. Anfangs dem linken Flügel des Zentrums zugehörig und Mitglied des Württembergischen Hofes, beteiligte er sich mit →Robert von Mohl und den Bayern J. Pözl, A. Schlör, Zerkow, F. von Raumer und F. J. Stahl an der Gründung der Fraktion des Augsburger Hofes, in der sich die gemäßigt Liberalen zusammenfanden. 1849 befand er sich unter den 32 Abgeordneten, die mit Simson an der Spitze Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone anboten. Er hielt am kleindeutschen Programm fest, wurde als Mitglied der 2. bayerischen Kammer Führer der bayerischen Fortschrittspartei, unterstützte das Ministerium Hohenlohe und war 1865/66 Vorstand und schöpferischer Mitarbeiter des bayerischen Gesetzausschusses. Der Erläuterung des von ihm so sehr geförderten Werkes diente der „Kommentar zur neuen Zivilprozeßordnung für das Königreich Bayern“, den er 1869-71 herausgab. Folgenreicher noch als sein Widerstand gegen die innere Politik des Ministeriums von der Pfordten war B.s Arbeit an der Herstellung der (kleindeutschen) Einheit Deutschlands. Er wirkte führend mit am Zusammenschluß des kleindeutsch-liberalen Bürgertums Süddeutschlands, er unterstützte das Ministerium Hohenlohe und leitete im Zollparlament 1868-70 die Fraktion „zur Mainbrücke“. Gutes Einvernehmen mit den Münchner Berufenen und publizistische Tätigkeit in den „Preußischen Jahrbüchern“ mögen als Einzelzüge das Bild des zielbewußten Verfechters preußischer Hegemonie ergänzen. Mit E. Lasker und R. von Bennigsen verhandelte er 1870/71 über die Einordnung Bayerns in das neu zu gründende deutsche Kaiserreich, war allerdings wesentlich zurückhaltender als seine

Verhandlungspartner. 1871-74 vertrat er den Wahlkreis Rothenburg ob der Tauber im Reichstag, wo er sich der Reichspartei anschloß. 1873 wurde B. auf Vorschlag der bayerischen Regierung zum Rat am Reichsoberhandelsgericht in Leipzig ernannt.

Literatur

ADB XLVI;

K. Biedermann, Mein Leben u. ein Stück Zeitgesch., 1886/87;

.Ch. Hohenlohe- Schillingsfürst, Denkwürdigkeiten I u. II, 1906;

H. Oncken, R. v. Bennigsen II, 1910;

E. W. Mayer, Aus d. Gesch. d. nat.-liberalen Partei in d. J. 1868-71, in: Festschrift für F. Meinecke, 1922;

P. Wentzcke-J. Heyderhoff, Dt. Liberalismus im Zeitalter Bismarcks, 2 Bde., 1925/26;

Th. Schieder, Die kleindt. Partei in Bayern in d. Kämpfen um die nat. Einheit 1863-71, 1936 (*L*);

J. Hönig, F. Gregorovius, 1943.

Portraits

Stich v. E. Pecht (Bildnisslg, d. Nat.-bibl. Wien).

Autor

Heinz Gollwitzer

Empfohlene Zitierweise

, „Barth, Marquard“, in: Neue Deutsche Biographie 1 (1953), S. 605-606 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

ADB-Artikel

Barth: *Marquard B.*, hervorragender Parlamentarier, geboren zu Eichstätt am 1. September 1809, bezog nach Berufung seines Vaters zum Bürgermeister von Augsburg das dortige Gymnasium, nach glänzend bestandener Maturitätsexamen die Universität München. Hier widmete er sich dem Studium der Rechte und erhielt 1832 auf Grund einer seinem Lehrer Hier. Bayer zugeeigneten Dissertation: „Beiträge zur Lehre vom Haupteid im Civilproceß vom Standpunkt der Philosophie und Legislation, des römischen und des heutigen gemeinen Rechtes“ den Doctorhut. Im Auftrag einer Augsburger Buchhandlung gab er sodann, um „den Schatz der zahlreichen, im Großen und Ganzen unbekannt gebliebenen Universitätschriften nutzbarer zu machen“, eine „Sammlung auserlesener, theils ursprünglich deutscher, theils aus dem Lateinischen übersetzter Dissertationen aus dem Gebiet des gemeinen Civilrechts und Civilprocesses“ heraus; es erschienen in den Jahren 1835 bis 1839 vier Bändchen. Von einem anderen Sammelwerk: „Civilistisches Promptuarium oder Realencyklopädie des gemeinen Civilrechts und Civilprocesses, in alphabetischer Ordnung bearbeitet von M. B.“ erschienen 1837 nur zwei Hefte des ersten Bandes (bis 'Adcitation' reichend). 1837 eröffnete B. seine Praxis als Rechtsanwalt in Kaufbeuren. In den nächsten dreißig Jahren war er nicht mehr als juristischer Schriftsteller thätig, dagegen wendete er den öffentlichen Angelegenheiten des engeren wie des weiteren Vaterlandes die regste Aufmerksamkeit zu; der Politiker lief dem Gelehrten den Rang ab; die im bairischen Schwaben stark vertretene liberale Partei hatte an ihm ein eifriges Mitglied. Bis in die vierziger Jahre reichen die Wurzeln der politischen Anschauung zurück, der er bis ans Lebensende treu blieb und seine beste Kraft widmete. Im März 1848 wurde er ins Frankfurter Parlament gewählt. „In der Ueberzeugung, daß kein Reich auf die Dauer zwei Schwerpunkte haben könne“, stimmte er für den Ausschluß Oesterreichs und für die Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an die preußische Dynastie. Er befand sich auch unter den 32 Mitgliedern des Parlaments, die unter Simson's Führung im März 1849 nach Berlin gingen, um Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone anzubieten. Der Schmerz und der Zorn über die ablehnende Haltung des Königs machten den überzeugungstreuen Politiker nicht irre; er blieb thätig im Sinne des kleindeutschen Liberalismus. Als Mitglied der zweiten bairischen Abgeordnetenversammlung, der er von 1855 bis 1873 angehörte, führte er mit seinen seit 1863 in der „bairischen Fortschrittspartei“ vereinigten Gesinnungsgenossen Völk, Brater, Fischer, v. Stauffenberg u. A. den Kampf gegen das Ministerium von der Pfordten; in der wahrhaft constitutionellen Monarchie — so läßt sich sein politisches Glaubensbekenntniß in Kürze zusammenfassen — erblickte er die allein entwicklungsfähige Form des modernen Staates, in möglichst fester Centralisirung Deutschlands mit preußischer Spitze die einzig befriedigende Lösung der deutschen Frage; diesen Ideen diente er mit einer Ausdauer, wie sie eben nur eine unerschütterliche Ueberzeugung verleiht, und mit einer Opferwilligkeit, die jede andere Rücksicht der Sorge um das Gemeinwohl nachsetzen ließ. Er war nicht ein glänzender Redner; seine parlamentarischen Vorträge waren immer einfach und rein sachlich, übten aber trotzdem, weil darin tiefes Rechtsgefühl,

volle Wahrhaftigkeit, ernstes Streben nach Fortschritt ohne Uebereilung zum Ausdruck kamen, insbesondere im Kreise der Abgeordneten selbst starke Wirkung; er war in Baiern nicht eine so volksthümliche Persönlichkeit, wie z. B. Völk, genoß aber als scharfsinniger und unermüdlicher Arbeiter vielleicht noch höheres Ansehen bei Parteigenossen und Gegnern. In der wichtigen Periode 1865/1866 war er Vorstand des Gesetzgebungsausschusses, und da er selbst an der Schöpfung der neuen Gesetze hervorragenden Antheil hatte, war es von besonderem Werth, daß er von 1869—1871 den „Commentar zur neuen Civilproceßordnung für das Königreich Baiern“ herausgab. Ein Blick auf den reichen Inhalt zeigt, daß hier gründlich vorbereitete, langsam gereifte Arbeit zu gediegenem Ausdruck gelangte. Auch an den deutschen Abgeordnetentagen nahm B. lebhaften Antheil; 1866 und 1867 leitete er die Versammlungen der süddeutschen Nationalpartei in Stuttgart; von 1868 bis 1870 gehörte er dem deutschen Zollparlament an. Aus Barth's Feder stammen u. a. die unmittelbar vor dem Ausbruch des Krieges von 1866 von der Vereinigten Linken der zweiten bairischen Kammer beantragte Adresse, worin ebenso gegen die österreichische, wie gegen die preußische Politik Stellung genommen und auf die endliche Reform des Deutschen Bundes gedrungen war, ferner die Adresse vom 14. Januar 1867, welche die Nothwendigkeit engeren Anschlusses an Preußen darlegte, endlich zahlreiche Artikel in der Wochenschrift der bairischen Fortschrittspartei. Es war ihm noch vergönnt, den Sieg der nationalen Sache zu erleben: 1871 wurde er Mitglied des deutschen Reichstages und auch hier wurde dem hervorragenden Mitarbeiter am Werke der deutschen Einigung hohe Achtung entgegengebracht. 1873 wurde B. auf Vorschlag der bairischen Regierung zum Rath am Reichsoberhandelsgericht in Leipzig ernannt. Nach seiner Außerdienststellung 1879 siedelte er nach Würzburg über. Hier starb er am 23. Mai 1885. In der Geschichte der deutschen Bewegung von den Vierziger Jahren bis zur Aufrichtung des neuen Reiches nimmt Marquard Barth einen ehrenvollen Platz ein; auch er zählt zu jenen leider allzu wenig beachteten

„Helden, die zum Wohl des Volkes in Gedankenschlachten Tropfenweis' verbluten ein reines Leben“ (H. Leuthold, Auf Karl Brater).

Literatur

Nekrolog in der Augsburger Abendzeitung, Jahrg. 1885, Nr. 142. — Mündliche Mittheilungen von Parteigenossen.

Autor

Heigel.

Empfohlene Zitierweise

, „Barth, Marquard“, in: Allgemeine Deutsche Biographie (1902), S. [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
